

Die Krux, die beste Lösung zu finden



Gisela Biedermann (VU): «Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit Leben geboren werden kann.»



Helen Konzett Bargetze (FL): «Abtreibung ist kein Wert. Es ist manchmal ein Notfallweg. Zentral sind Beratung, Prävention und finanzielle Unterstützung.»

Im Grundsatz wollen alle das Gleiche: so wenig Schwangerschaftsabbrüche wie möglich. Der Landtag suchte gestern einmal mehr nach der besten Lösung – ohne Erfolg.

Von Janine Köppli

Vaduz. – Die «beste Lösung» gibt es nicht. Das mussten die Landtagsabgeordneten während der dreistündigen Debatte gestern erneut feststellen. Sie sprachen einige Möglichkeiten an, um besser mit Schwangerschaftskonflikten umgehen zu können. Die momentane Situation sei nicht haltbar, sagten mehrere Abgeordnete. Niemand wolle, dass Frauen zu Kriminellen werden, wenn sie aus einer Notlage heraus ihre Schwangerschaft abbrechen. Tatsächlich ist es in Liechtenstein aber nach wie vor Fakt, dass Frauen riskieren, ein Jahr ins Gefängnis zu kommen, wenn sie ihre Schwangerschaft beenden. «Die Situation heute ist unbefriedigend», sagte VU-Abgeordnete Doris Beck. Ähnlich auch FBP-Fraktions Sprecher Johannes Kaiser: «Dieser Status quo kann nicht beibehalten werden. Eine Entkriminalisierung ist auf jeden Fall anzustreben.» Dass dies jedoch in Form der Initiative geschehen soll, welche die Arbeitsgruppe Schwangerschaftskonflikte erarbeitet hat, befürworteten lediglich sieben Abgeordnete (siehe Kasten). Die Initiative sieht vor, Abtreibungen in den

ersten 12 Schwangerschaftswochen zu legalisieren, wenn davor eine Beratung stattgefunden hat.

Die übrigen Abgeordneten äusseren weniger ihre Bedenken generell zu einer Fristenregelung, sondern vielmehr zu §96a, Abs. 1, Punkt 2. Darin heisst es, dass die Schwangerschaft ohne Einhaltung von Fristen unterbrochen werden kann, wenn die Gefahr besteht, dass ein Kind schwere geistige oder körperliche Schäden aufweist. Dabei gehe es nicht darum, wie oft dieser Fall in der Praxis eintrete, sagte VU-Fraktions Sprecher Peter Hilti. «Wir schaffen eine Möglichkeit, und das will ich nicht.» Er stimmte der Initiative aus diesem Grund nicht zu. Auch Gerold Büchel (FBP), Diana Hilti (VU), Wendelin Lampert (FBP) und Rainer Gopp (FBP) sagten, dass sie in diesem Punkt die unüberwindbare Krux der Gesetzesvorlage sehen. Gerold Büchel machte darauf aufmerksam, dass dieser besagte Absatz auch in Österreich umstritten sei. Er verstehe zwar die Argumentation der Initiantinnen und warum sie sich für die österreichische Formulierung des Gesetzes entschieden hätten, er wünsche sich dennoch einen angepassten Vorschlag, da er nicht glaube, dass die Gesetzesvorlage mehrheitsfähig sei.

Kritikpunkt: Spätabtreibung

Helen Konzett Bargetze, die gestern als stellvertretende Abgeordnete und gleichzeitig als Initiantin auftrat, versuchte offene Fragen zu beantworten und Unsicherheiten zu klären. Sie betonte ganz klar, dass Behinderte sehr wohl ein Lebensrecht haben. Mit diesem Punkt 2 sollten auch keine Spätabtreibungen gefördert werden. Es gehe vielmehr darum, dass Ärzte medizinisch induzierte Abbrüche vornehmen könnten. Beispielsweise müsse es möglich sein, bei Mehrlingsschwangerschaften im Notfall einen Fötus abzutreiben, um die anderen zu schützen. Ziel sei immer, dass eine Abtreibung so früh wie möglich vorgenommen wird. «In einigen seltenen Fällen kann es aber vorkommen, dass der Fö-

tus erst später geschädigt wird», sagte Konzett Bargetze. Auch in solchen Situationen müsse es möglich sein, dass die betroffenen Familien über die Tragbarkeit eines behinderten Kindes reden können. Die stellvertretende Abgeordnete wies auch darauf hin, dass es bereits im geltenden Gesetz möglich sei, bis zur Geburt abzutreiben, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist oder wenn die Schwangere noch nicht 14 Jahre alt ist.

Eigentliches Thema kaum erwähnt

Kurz vor Ende der dreistündigen Debatte stellten einzelne Abgeordnete fest, dass über das eigentliche Thema Fristenregelung kaum geredet worden war. Einzig die zwei VU-Abgeordneten Marlies Amann-Marxer und Gisela Biedermann sprachen sich gegen eine Fristenregelung aus. «Jene Menschen, die davon ausgehen, dass ein menschliches Leben erst im dritten Monat beginnt, haben logischerweise mit der Fristenregelung kein Problem», sagte Marlies Amann-Marxer. Sie stellte den Schutz des Lebens, das bei der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle beginne, ins Zentrum ihres Votums. Abtreibung sei keine Lösung in einem Schwangerschaftskonflikt. Echte Hilfe und Unterstützung seien gefragt. Dies könne nicht mit einer «Zwangsberatung mit nachfolgender legalisierter Abtreibung» geboten werden. Sie vermisse in der Initiative «einen Vorschlag für wirksame Hilfe und Unterstützung». Wie dieser aussehen könnte, beschrieb Gisela Biedermann, der es darum geht, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Leben geboren werden kann. Es brauche mehr Beratungsstellen, ausreichende Kinderbetreuung, gezielte finanzielle Unterstützung, eine Vereinfachung des Adoptionsrechts, Ermöglichung von anonymen Geburten, mehr Teilzeitstellen, eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf sowie generell einen besseren Mutterschutz. Ihrer Ansicht nach müsse man bei der Gesellschaft ansetzen. Es sei das Problem der Gesellschaft, wenn eine Schwan-

gere ihr Kind nicht austragen könne und wolle.

Der Vorschlag von Marlies Amann-Marxer, das sogenannte Weltrechtsprinzip aufzuheben, fand gestern kein Gehör. Es könne nicht sein, dass Schwangerschaftsabbrüche in Liechtenstein weiterhin strafbar seien, betroffene Frauen diese aber straffrei im Ausland durchführen können. «Damit exportieren wir das Problem weiter ins Ausland», sagte beispielsweise Helen Konzett Bargetze. Wendelin Lampert sprach von einer «Doppel-moral». Dass umgekehrt ein entkriminalisierter Schwangerschaftsabbruch bedeuten würde, dass Abtreibungen auch in Liechtenstein möglich sein müssten, damit nicht doch alles ins Ausland verschoben würde, wie Marlies Amann-Marxer festhielt, wurde nicht weiter diskutiert.

Plötzlich sollte es schnell gehen

Dafür kam ein möglicher Gegenvorschlag immer wieder zur Sprache, der möglichst schnell über die Sommerferien parteiübergreifend ausgearbeitet werden sollte. Davon abgesehen, dass einige Abgeordnete ihre Zweifel äusserten, dass eine fundierte Alternative in kürzester Zeit entstehen kann, wo doch die Arbeitsgruppe sich seit über acht Jahren mit dem Thema befasst hat, kann es ohnehin kein Gegenvorschlag geben, da die rechtlichen Voraussetzungen nicht eingehalten wurden.

«Ich möchte eine Lösung»

Die «beste Lösung» gibt es nicht. Aber einen «Notfallweg», wie es Helen Konzett Bargetze nannte. Ihrer Ansicht nach gibt es für Liechtenstein nur den vorgeschlagenen Weg der Fristenregelung mit Beratungspflicht. Die Befürworter der Initiative wollen vor allem eine Änderung herbeiführen. «Wir haben das Thema sehr lange vor uns hergeschoben. Ich möchte eine Lösung», sagte Doris Beck. «Solange es keinen Gegenvorschlag gibt, der mich mehr beruhigen kann, werde ich dieser Initiative zustimmen.»

Aus der Debatte

«Das Thema ist deshalb so schwierig, weil jeder von uns eigentlich gerne hätte, wenn es in Liechtenstein gar kein Thema wäre.» **Doris Beck (VU)**

«Kritik ist durchaus berechtigt. Das Thema liegt seit Jahren auf dem Tisch. Die Parteien haben ihre Chance verschlafen, einen Gegenvorschlag vorzubereiten.» **Renate Wohlwend, Vize-Landtagspräsidentin**

«Eine bessere Qualität und mehr Beratungsstellen könnten helfen, dafür ist aber keine Gesetzesänderung nötig.» **Marlies Amann-Marxer (VU)**

«Wir schaffen eine Möglichkeit, dass bis zum Eintritt der Geburtswehen ein geistig und körperlich behindertes Kind abgetrieben werden kann.» **Peter Hilti, VU-Fraktions Sprecher**

«Wenn wir dazu bereit sind, machen wir einen Schritt vorwärts in der Abschieb- und Wegwerfmentalität.» **Gisela Biedermann (VU)**

«Es bleibt das oberste Ziel, ungeborenes Leben zu schützen.» **Helen Konzett Bargetze (FL)**

«Wir haben keine Zeit, hier noch einmal acht Jahre zu diskutieren.» **Wendelin Lampert (FBP)**

«Die Gesamtheit der Massnahmen wird dazu beitragen, Leben zu schützen.» **Helen Konzett Bargetze (FL)**

«Die Aufhebung des Weltrechtsprinzips ist keine wirkliche Lösung, aber eine Erleichterung der Situation.» **Marlies Amann-Marxer (VU)**

«Wir können hier lange reden, wie es sein sollte. Es ist ein Wunschdenken, die Wirklichkeit sieht einfach anders aus.» **Helen Konzett Bargetze (FL)**

«Wir sollten Bestimmungen vom Ausland nicht unkritisch übernehmen, sondern vielmehr unsere Werte in der Gesellschaft einbringen.» **Marlies Amann-Marxer (VU)**

«Keine Frau treibt leichtfertig ab.» **Doris Frommelt (FBP)**

«Seit acht Jahren gibt es keinen Gegenvorschlag. Wir haben stets transparent informiert. Seit März ist bekannt, welcher Inhalt die Initiative hat. Es wäre genug Zeit gewesen für einen Gegenvorschlag.» **Helen Konzett Bargetze (FL)**

«Die Entkriminalisierung ist überfällig.» **Rainer Gopp (FBP)**

Folgende Abgeordnete sagten Ja zur Initiative

- Helen Konzett Bargetze (FL)
- Doris Frommelt (FBP)
- Peter Büchel (VU)
- Werner Kranz (VU)
- Doris Beck (VU)
- Arthur Brunhart (Landtagspräsident, VU)
- Harry Quaderer (parteilos)

HTW Chur
Institut für Management und Weiterbildung

o a o
evaluated 08

Weiterbildungs-Master für Führungskräfte

Studienorte: Chur, Rapperswil und Zürich

Anmeldung für Infoabende:
www.htwchur.ch/management-weiterbildung, management-weiterbildung@htwchur.ch, Telefon +41 (0)81 286 24 32

Infoabend Chur
HTW Chur
Comercialstr. 22,
18.30–20.00 Uhr

- Dienstag, 5. Juli
- Dienstag, 9. August

Infoabend Rapperswil
HSR Hochschule für
Technik Rapperswil,
Oberseestr. 10,
19.00–20.00 Uhr

- Montag, 4. Juli
- Montag, 29. August

Infoabend Sargans
Hotel Ritterhof,
Bahnhofstr. 12,
18.00–19.30 Uhr

- Donnerstag, 7. Juli

STUDIERN FÜRS LEBEN
➔ www.htwchur.ch
FHO Fachhochschule Ostschweiz